

Unter Zeitdruck

Von Günther Nonnenmacher

Auf einmal gewährt die CSU ihrem Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler, der bisher als Außenseiter galt, einen Ehrenplatz in ihrer Mitte. Zwar ist das Bundesverfassungsgericht nicht seiner Ansicht gefolgt, der Lissabon-Vertrag sei verfassungswidrig. Aber in ihrer Begründung haben die Karlsruher Richter dennoch viele der Bedenken aufgegriffen, die Gauweiler und andere Kläger vorgetragen hatten. Nachdem die CSU nun weiß, woher der Wind weht, zieht sie alle Segel auf, um rechtzeitig vor der Wahl in Fahrt zu kommen. Ob der Streit über die Neufassung des deutschen Begleitgesetzes zum Vertrag von Lissabon dafür ein geeignetes Vehikel ist, ist eine andere Frage. Alle Parteien – und die CSU als Regierungspartei allemal – müssen sich fragen lassen, warum ihre Abgeordneten bisher offenbar nur unzureichend wahrgenommen haben, was das Verfassungsgericht die „Integrationsverantwortung“ des Deutschen Bundestages genannt hat.

In den anderen EU-Staaten ist das Lissabon-Urteil, soweit es bisher überhaupt kommentiert wurde, gelassen aufgenommen worden. Das liegt teil-

weise daran, dass andere Parlamente ihre Regierungen – sei es aus rechtlichen Gründen, sei es aus Überzeugung – in Sachen Europa ohnehin an kürzerer Leine führen als der Bundestag. Vor allem wurde erleichtert zur Kenntnis genommen, dass nun ein weiteres Hindernis, eines der letzten, für das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages aus dem Weg geräumt ist. Davon geht ein nicht unerheblicher Zeitdruck auf die Neuformulierung des deutschen Begleitgesetzes aus. Würde es nicht mehr vom jetzigen „alten“ Bundestag beschlossen, müsste die nächste Bundesregierung die Nachsitzerbank unter Umständen zusammen mit erprobten Europa-Skeptikern in Warschau und Prag drücken.

Weil das letztlich niemand will, wird der innerdeutsche Streit über das Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag vermutlich rechtzeitig beendet. Festzuhalten bleibt, dass die Karlsruher Richter juristisch festgeschrieben haben, was politisch ohnehin offensichtlich ist. Denn der europäische Integrationszug rollt immer langsamer, seitdem er länger geworden ist. Alle Beteiligten – die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ wie die europäischen Institutionen – sollten das nutzen, um darüber nachzudenken, wo sein Ziel liegt oder ob womöglich schon die Endstation erreicht ist.